

Dossier Kontrapunkt

Lernen aus der Krise.

Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus

Teil 3: Ethische Grundlagen einer erfolgreichen globalen Wirtschaft.

3.3. Die Finanz- und Wirtschaftskrise als normative Orientierungskrise

Peter Ulrich

Mit der aktuellen, noch etwas namenlosen Finanz- und Wirtschaftskrise sind manche bisherige Selbstverständlichkeiten des Wirtschaftslebens so stark erschüttert worden wie kaum je zuvor in der Nachkriegszeit. Ralf Dahrendorf (2009) schrieb am Vortag seines 80. Geburtstags am 1. Mai 2009, nur wenige Wochen vor seinem Tod, im Tages-Anzeiger in einem ganzseitigen Essay unter dem Titel „Der fatale Schritt zum Pumpkapitalismus“:

„Es‘ begann als Finanzkrise, wuchs sich dann zur Wirtschaftskrise aus und wird mittlerweile von vielen als tiefergehende soziale, vielleicht auch politische Wendemarke gesehen. (...) Die hier verfochtene These ist, dass wir einen tiefgreifenden Mentalitätswandel erlebt haben und dass jetzt, in Reaktion auf die Krise, wohl ein neuerlicher Wandel bevorsteht.“

Den Kern des Geschehens sieht er nicht in den jetzt viel beschworenen systemischen Ursachen, sondern eben in „Mentalitäten“, in „vorherrschenden Einstellungen zu Wirtschaft und Gesellschaft.“ Es geht dabei nicht darum, die Rolle systemischer Faktoren zu relativieren, sondern sie in ihren kulturellen und gesellschaftlichen *Kontext* zu stellen und aus diesem heraus zu verstehen. Drei ineinander verzahnte Problemebenen sind zu unterscheiden: *Mentalität, System-*

steuerung und *Gesellschaftspolitik*. Für die Fragen der systemischen Finanzmarktsteuerung – etwa eine bessere Eigenkapitalunterlegung von Finanzgeschäften, höhere Transparenzanforderungen, griffigere Finanzmarktaufsicht und Genehmigungspflichten für Finanzprodukte, bessere Corporate Governance, unabhängige Ratingagenturen, usw. – sind Wirtschaftsethiker nicht besonders kompetent; für die Kontextfragen hingegen schon. Auf ihnen soll nachfolgend der Fokus liegen. Ich versuche in vier Schritten eine mögliche Orientierungsperspektive zu skizzieren.

Beginnen wir beim Stichwort „Mentalitäten“. Jetzt beklagen ja plötzlich fast alle die Symptome einer moralisch enthemmten Wirtschaftsdoktrin:

- die *Gier von Investoren* nach maximalem *return on equity* (Eigenkapitalrendite), die wie eine „Sucht“, quasi als *Denkzwang*, funktionierte und zum Treiber einer Unternehmens- und Wirtschaftspolitik des „Sachzwangs“, des „Wir-haben-keine Wahl“, wurde;
- die *Shareholder-Value-Doktrin*, auf deren Linie zweifelhafte *Corporate Governance*-Standards *guter* Unternehmensführung etabliert wurden, die sich in der aktuellen Krise als wesentliche Ursache von *schlechtem* Geschäftsgebaren grosser Aktiengesellschaften entpuppten (Thielemann/Ulrich 2009);
- *Geschäftsmodelle* der Finanzwirtschaft, die man nur noch mit der „*Greater Fool Theory*“ des Marktes (Stöttner 2009) beschreiben kann: Risiken verschleiern, verbiefen und verstreuen – wer kauft, ist selber schuld;
- Desintegrationserscheinungen im *Selbstverständnis* von „*Verantwortungsträgern*“ der Wirtschaft, die zwar bei weitem nicht immer, aber eben doch immer öfter den Sinn für den kleinen Unterschied zwischen „anständig *Geld* verdienen“ und „*Geld anständig* verdienen“ verloren haben.

Wie ist es zu verstehen, dass das Geschäftsgebaren von so auffallend vielen Akteuren *ausser Rand und Band* geriet? Nun, achten wir doch einfach auf die Weisheit der Umgangssprache: Es fehlt offenbar der „Rand“, also der Sinn für gesunde *Grenzen* eines eindimensional gewordenen Vorteils- und Gewinnmaximierungsdenkens. Und es fehlt das „Band“, also die Einbindung der ökonomischen „Sachlogik“ in zwischenmenschliche *Verbindlichkeiten* (des Anstands, der Verantwortung, der Solidarität und der Gerechtigkeit).

Herausforderung: „Themenwechsel des Fortschritts“?

Mir liegt eine Individualisierung des Problems von „Rand“ und „Band“, wie sie den Ethikern gern unterstellt wird, jedoch fern. Viele Leute assoziieren mit Ethik nur *Individuethik* und kaum je *Institutionenethik*. Aus wirtschaftsethischer Sicht ist das keine sinnvolle Alternative, vielmehr geht es stets um die Wechselwirkung zwischen individuellen Haltungen (also persönlichem Ethos) und institutionellen Rahmenbedingungen (also Anreizen und Restriktionen). Ethisch orientiertes, verantwortungs-

volles Handeln muss zwar individuell aufgrund eines entsprechenden Bewusstseins *gewollt* sein, aber es muss auch innerhalb der institutionalisierten Selbstbehauptungszwänge für den Einzelnen *zumutbar* sein.

Deshalb hatten die Ordoliberalen, die sich ursprünglich „Neoliberale“ nannten, mit gutem Grund die Rolle des *Marktrandes* hervorgehoben. So betonte Alexander Rüstow (1961: 68),

„...dass der *Marktrand*, der Marktrahmen, das eigentliche Gebiet des Menschlichen ist, hundertmal wichtiger als der Markt selbst. Der Markt selber hat lediglich eine dienende Funktion. (...) Der Markt ist ein Mittel zum Zweck, ist kein Selbstzweck, während der Rand eine Menge Dinge umfasst, die Selbstzweck sind, die menschliche Eigenwerte sind.“

Dieser „Marktrand“ stellt die „Nahtstelle“ zwischen marktwirtschaftlichem *System* und gesellschaftlicher *Lebenswelt* dar. Und genau da liegen heute zunehmend die realen Herausforderungen der Zeit. Daher greift es zu kurz, wenn wie erwähnt derzeit gern von einer *systemischen Krise* gesprochen wird. Entscheidende Fragen betreffen heute gar nicht die interne „Sachlogik“ und Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Systems, sondern kulturelle und gesellschaftliche Voraussetzungen oder Orientierungshorizonte des Wirtschaftens. Man denke etwa an das nicht grundlos abhanden gekommenen Vertrauen *in* die Wirtschaftsführer und sogar *zwischen* ihnen (insbesondere in der Finanzbranche). Oder man denke an die sich stetig öffnende soziale Schere und die sich aufdrängende Frage, *für wen* und *wofür* das System effizient funktionieren soll. „Rein“ ökonomisch lassen sich derartige Fragen nicht beantworten, denn Wirtschaften ist ja nicht Selbstzweck, sondern Mittel für das gute Leben und Zusammenleben der Menschen. *Vernünftiges Wirtschaften* schliesst entsprechende Sinn- und Gerechtigkeitszusammenhänge ein, nicht etwa aus. Die ökonomische Rationalität, wie sie üblicherweise verstanden wird, ist also noch nicht die *ganze* ökonomische Vernunft. Das ist der systematische Grund, weshalb heute *Wirtschaftsethik* zunehmend gefragt ist.

Mit der Beantwortung der Fragen, die nur in wirtschaftsethischen Kategorien sachgerecht analysiert und vernünftig beantwortet werden können, stellen sich auch die Weichen dafür, wie jemand das Verhältnis von Bürger, Markt und Staat und in diesem Kontext den Bedarf nach Systemregulierung sieht. So zum Beispiel im Hinblick auf ein besseres „Management von Spekulationsblasen“ an den Finanzmärkten; es genügt dafür kein technokratisches *Systems Engineering*, denn die Hauptprobleme betreffen die *normativen* Prämissen und Kriterien einer „gut“ oder „besser“ funktionierenden Wirtschaft. Deshalb ist das ja politisch so umstritten.

Meine *erste Kernthese* geht also dahin, dass wir derzeit nicht nur eine Krise des Wirtschaftssystems in Wechselwirkung mit einer überbordenden Mentalität privater Nutzen- und Gewinnmaximierung erleben, sondern eine umfassendere *Orientierungskrise*, in deren Zentrum das unklar gewordene Verhältnis zwischen der Marktwirtschaft und der Gesellschaft, in der wir leben möchten, steht. Nicht nur mehr die Mittel und

Methoden, sondern auch der *Fortschritthorizont* unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hat in der aktuellen Krise seine Fraglosigkeit oder vielleicht sogar seine ideologische Unschuld verloren.

Noch einmal sei an dieser Stelle Ralf Dahrendorf (1980: 26) zitiert. Vor bald dreissig Jahren schrieb er in seinem Buch *Die neue Freiheit*:

„Die Geschichte schreitet voran, indem sie das Thema wechselt... Eines Tages wachen Menschen auf und bemerken, dass, was gestern wichtig war, was sie beschäftigte und zerstritt, nicht mehr dieselbe Bedeutung hat. Wir reiben uns die Augen und entdecken, dass wir das Problem, das uns in der letzten Nacht wachhielt, nicht dadurch lösen, dass wir noch mehr oder besseres dazu tun, sondern dadurch, dass wir uns einem anderen Problem zuwenden...“

In solchen Zeiten des geschichtlichen „Themenwechsels“, in denen bisher fraglos akzeptierte Fortschrittsorientierungen tiefgreifend erschüttert sind, kommt es auf eine *Grundlagenreflexion* an, d.h. auf ein unvoreingenommenes Nachdenken über die normativen und axiomatischen *Voraussetzungen* und die *Geltungsgrenzen* der gewohnten Denkmuster. Das fällt übrigens in der Wissenschaft fast noch schwerer als im richtigen Leben: Wie der Wissenschaftstheoretiker Thomas S. Kuhn (1973) gezeigt hat, pflegt eine in Frage gestellte „Normalwissenschaft“ ihr „Paradigma“, also ihre zentralen Denkmuster, in selbstreferenzieller Weise zu verteidigen. Das dem Themenwechsel des Fortschritts nicht mehr gewachsene Paradigma wird zuerst meistens nur von Aussenseitern in Frage gestellt. Aussenseiter – zum Beispiel Wirtschaftsethiker – sind Leute, die die Dinge *verkehrt* sehen, indem sie das, was bisher als prinzipielle *Lösung* fast aller Probleme betrachtet wurde, als einen Teil des *Problems* identifizieren. Ganz dumm braucht das nicht in jedem Fall zu sein, denn seit Einsteins berühmtem Diktum wissen wir ja, dass man ein Problem nicht mit denselben Denkmustern lösen kann, die es verursacht haben. Fragen wir also: Was ist eigentlich der Problemkern des vermuteten „Themenwechsels des Fortschritts“?

Kontext: Die „Grosse Transformation“ (in Praxis und Theorie)

Unter dem Leitbegriff der *Great Transformation* hat der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi schon 1944 eine modernisierungsgeschichtliche Perspektive entworfen, in deren Zentrum die Dynamik der fortschreitenden Herauslösung des Wirtschaftssystems aus der Gesellschaft steht. Am denkbaren Endpunkt stünde nach Polanyi (1978: 88f.)

„... die Behandlung der Gesellschaft als Anhängsel des Marktes. Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet.“

Dann läge die schon angesprochene Konfusion von Mittel und Zweck auch institutionell vor, und die entsprechende Eigendynamik nähme sachzwanghaft wie bei Goethes

Zauberlehrling ihren Lauf. Mit der entfesselten Globalisierung der Märkte waren wir während der letzten 20 Jahre gerade Zeitzeugen eines epochalen Schubs der realpolitischen Durchsetzung dieser Transformation. Wer nach den normativen Voraussetzungen einer lebensdienlichen Globalisierungspolitik zu fragen wagte, wurde fast umstandslos als „Globalisierungsgegner“ gebrandmarkt. Den Gläubigen des Credo „mehr Markt ist immer gut!“ erschien eine mehr oder weniger voraussetzungs- und grenzenlos gedachte Globalisierung nicht etwa als Problem, sondern als die Lösung fast aller Probleme. (Einstein lässt grüssen.)

Die noch präsente Erfahrung, wie sehr die Globalisierungsdebatte der letzten 20 Jahre mit teils hochemotional vertretenen weltanschaulichen Positionen verknüpft war und ist, verweist nun aber auf einen wichtigen Punkt: Polanyis These vom sich fortschreitend verselbständigenden und dominant werdenden ökonomischen System ist bei vordergründiger Betrachtung zwar plausibel, aber aus Sicht einer integrativen Wirtschaftsethik (Ulrich 2008) ist hier zunächst auf ein grundlegendes Missverständnis hinzuweisen – und dies ist Inhalt meiner *zweiten Kernthese: Es gibt kein von ethischen und politischen Voraussetzungen „freies“ marktwirtschaftliches System!*

Jede Ausgestaltung der Marktwirtschaft ist unausweichlich in ein wirtschaftsethisches und politisch-philosophisches „Gedankenbett“ eingebettet, also implizit oder explizit an bestimmte normative Leitideen vom guten *gesellschaftlichen* Zusammenleben der Individuen gebunden. Noch die radikalste Konzeption einer deregulierten und entpolitisierten Marktwirtschaft beruht – weit weg von *Laisser-faire*-Ideen eines sich selbst organisierenden Marktes – auf einem bestimmten Wirtschaftsethos und muss rechtsstaatlich institutionalisiert, also politisch durchgesetzt werden. In diesem Sinne gilt rein logisch für jede ordnungspolitische Konzeption der Primat von Ethik und Politik vor dem Markt.

Damit aber verschiebt sich unser Problemkern – von der empirischen Oberfläche zu den normativen Hintergrundüberzeugungen! Das ethisch-politische „Gedankenbett“, in dem eine theoretisch und praktisch verselbständigte, „freie“ Marktwirtschaft überhaupt denkbar wurde, gilt es erst einmal hermeneutisch-kritisch auszuleuchten und einer *nachholenden ethisch-politischen Modernisierung* auf dem Niveau heutiger praktischer Philosophie zugänglich zu machen. Das ist notabene nicht etwa ein Ansinnen, das sich *gegen* ein effizientes marktwirtschaftliches System richtet, sondern eines der ethisch-vernünftigen Fortschrittsorientierung *für* dieses System.

Die Klassiker der Politischen Ökonomie waren sich im Unterschied zu den neoklassisch „reinen“ Ökonomen dieser Ordnung der Dinge noch voll bewusst, namentlich Adam Smith und John Stuart Mill, die nicht zufällig beide auch brillante Moralphilosophen waren (vgl. Ulrich 2006a, b). Sie gingen noch von der *aristotelischen Trias* von Ethik, Politik und Ökonomik aus, in dieser Begründungsreihenfolge. Diese zwischenzeitlich

verlorene Ordnung der Dinge gewinnt heute aufgrund des Problemdrucks der Praxis neue Aktualität. Das scheint beispielsweise auch der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu dämmern, fragte sie doch jüngst unter dem Eindruck der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise:

„Wo bleibt die fundierte Kritik an der Wissenschaft der *politischen* Ökonomie, deren Lehrbücher doch die Drehbücher der gegenwärtigen Krise sind?“ (Geyer 2009; Hvh. P.U.)

Gerade die meinungsbildende FAZ hat allerdings, ähnlich wie ein helvetisches Blatt mit ebenfalls drei Buchstaben im Kürzel, jahrzehntelang diese ihre neue Frage selbst fast hermetisch ausgegrenzt. Warum eigentlich? Der springende Punkt ist das erwähnte „Gedankenbett“. Dort, also in den Tiefenstrukturen der neoklassisch-ökonomischen Weltanschauung, finden wir die weltanschaulichen „Treiber“, die der gewaltigen moralischen *Enthemmung* und institutionellen *Entgrenzung* des marktwirtschaftlichen Systems in Praxis und Theorie den motivationalen Schub gegeben haben. Leuchten wir also ein wenig in diese normative Tiefenstrukturen der vielleicht doch nicht ganz „reinen“ ökonomischen Sach- oder Systemlogik hinein.

Tiefenstrukturen: Die Metaphysik des Marktes

Die frühen *Neoklassiker* ab den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts *spiegelten* gleichsam die real in Gang gekommene *Grosse Transformation* theoretisch – insofern war das zu der Zeit durchaus eine gute deskriptive Theorie. Die resultierende „reine Ökonomik“ modellierte die Tendenz zur Verselbständigung des marktwirtschaftlichen Systems idealtypisch ins Reine. Sie wollte dementsprechend nicht mehr ein Teil der Moralphilosophie sein wie bei den Klassikern, ja noch nicht einmal mehr „Politische Ökonomie“. Seither kann der *economic approach* die ethischen und politischen *Voraussetzungen* seiner Axiomatik nicht mehr systematisch mitdenken; stattdessen kann die Lösung des politisch-ökonomischen Kernproblems, nämlich das eines legitimen und fairen gesellschaftlichen Interessenausgleichs, nur noch als unmittelbare *Folge* der „reinen“ marktwirtschaftlichen Systemlogik ausgegeben werden – womit die Leistungsfähigkeit dieses Systems aber schon im „theoretischen“ Ansatz überlastet wird.

Die theoretische Spitze dieses Bemühens stellte die mathematisch-objektiv daher kommende Allgemeine Gleichgewichtstheorie dar. Deren praktische Botschaft war das altliberale *Laissez-faire*-Credo des 19. Jahrhunderts. Die neoklassische Gleichgewichtstheorie stellt jedoch weniger eine „soziale Physik“ dar, wie Schumpeter (195: 1010) meinte, als eine in christlich-schöpfungstheologischen Überzeugungen wurzelnde, mathematisierte *Metaphysik des Marktes* (vgl. Ulrich 1993: 202ff.; ders. 2008: 178ff.). Sie zelebriert eine aus ethisch-politischen Bindungen restlos herausgelöste, konfliktfreie Harmonie-Ökonomik. In deren Idealwelt gibt es nur Gewinner, keine Verlierer. Nicht zufällig trug das im 19. Jahrhundert verbreitete französische Lehrbuch des Ökonomen

(nicht etwa Theologen!) Frédéric Bastiat von 1855 den Titel *Harmonies économiques*, und zwar mit ausdrücklichem Bezug auf „die Harmonie der göttlichen Gesetze (...), die die menschliche Gesellschaft beherrschen“ (vgl. dazu meinen Beitrag „Auf der Suche nach Grundsätzen einer vernünftigen Globalisierungspolitik“ in diesem Band).

Die normative Botschaft solcher „sozialer Physik“ als Fundament des Marktliberalismus ist nicht schwer zu verstehen. Sie passte natürlich wunderbar zu den frühbürgerlichen Interessen und Legitimationsbedürfnissen der Zeit. Wie Max Weber in seiner berühmten Studie „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ vor mehr als hundert Jahren gezeigt hat, steigt dieser Geist empor aus den „innerlichsten Formen christlicher Frömmigkeit“ (Weber 1988: 26), die im radikalen Protestantismus Zwinglis und Calvins – die Finanzmetropolen Zürich und Genf lassen grüssen – die ganze Lebensführung durchdringt. Deshalb hat man in den reformierten Gebieten, so auch in der Stadt St. Gallen, konsequenterweise die Klöster geschlossen.

Universitäten waren davon zum Glück nicht betroffen, denn sie sind ja der Idee nach keine klösterliche „Glaubensgemeinschaften“ (Binswanger 1998), sondern aufklärerische Stätten methodisch disziplinierten Denkens. Also darf man erwarten, dass moderne *Wirtschaftswissenschaft* die alte Metaphysik des „freien“ Marktes vorbehaltlos vernunftgeleiteter Kritik zuführt. Genau deshalb stellt sich heute die Aufgabe einer *wirtschaftsethischen Öffnung* der in Theorie und Praxis dominierenden ökonomischen Denkmuster.

Nachholende Aufklärung: Kritik der ökonomischen Vernunft

Im Zentrum der dieser Aufgabe steht eine gründliche Kritik der (nicht ganz) „reinen“ ökonomischen Rationalität (oder „Sachlogik“) hinsichtlich ihrer normativen Hintergrundannahmen. Diesen systematisch ersten Schritt integrativer Orientierung im wirtschaftsethischen Denken kann ich hier natürlich nicht voll durchführen. Ich deute nur kurz an, nach welchem „Prinzip“ die ökonomische Quadratur des Kreises, nämlich die *Reduktion* von Gesellschaft auf Marktwirtschaft, erfolgt. In der neoklassischen und neoliberalen Axiomatik wird alle soziale Interaktion als *wechselseitiger Vorteilstausch* zwischen *Homines oeconomici* gedacht, die je ihren privaten Nutzen zu maximieren trachten und sich als Personen wechselseitig gleichgültig sind. Unterschreiben die Wirtschaftssubjekte freiwillig Tauschverträge, so gilt das als Beweis für eine *win-win*-Situation: Beide Seiten profitieren, und damit scheint das Koordinationsprinzip ‚Markt‘ nicht nur (pareto-)effizient, sondern zugleich (tausch-)gerecht und ausserdem die Gewährsinstanz der individuellen Freiheit schlechthin zu sein. Wo genau steckt das Problem?

Die wirtschaftsethische Kurzantwort lautet: Das Problem besteht darin, dass die normative Logik des Vorteilstausches nicht identisch mit der normativen Logik der Zwischenmenschlichkeit ist. Ander gesagt: Das *Marktprinzip* kann nicht an die Stelle des vernunftethisch verstandenen *Moralprinzips* treten (vgl. Ulrich 2008: 45ff., 196ff.). Dieses humanistische Prinzip definiert in sehr formaler, kulturübergreifender Weise die ethische Grundidee, dass sich alle Menschen bedingungslos – oder mit Kants Imperativ formuliert: *kategorisch* – als Personen gleicher Würde und mit gleichen Grundrechten wechselseitig achten und anerkennen sollen. Dahinter kann eine *zivilisierte* Gesellschaft und Weltgemeinschaft nicht zurück, sonst droht sehr rasch die Barbarei der Unterscheidung von Menschen unterschiedlichen Werts nach irgendwelchen Kriterien wie ethnische Abstammung, Religion und Weltanschauung, sozialem Status usw. Dass sich alle Gesellschaftsmitglieder als gleichberechtigte Bürger anerkennen, ist gerade die Voraussetzung dafür, dass sie im Übrigen so unterschiedlich denken und leben können, wie sie mögen. Das erfordert eine unparteiliche, gegenüber den unterschiedlichen privaten Lebensentwürfen der Bürger *neutrale öffentliche Grundordnung*, die als Ermöglichungsbedingung eines bunten gesellschaftlichen Pluralismus der Lebensformen und Weltanschauungen rechtsstaatlich durchzusetzen ist. Diese strukturelle Zweistufigkeit ist das Schlüsselkriterium eines wohlverstandenen *politischen Liberalismus* nach Rawls (1998).

Der nach dem Marktmodell gedachte *ökonomische Liberalismus* ist aus dieser politisch-philosophischen Sicht kein zureichendes Prinzip einer liberalen Gesellschaft, denn im „freien“ Markt lassen sich die Individuen stets nur *bedingt* – nämlich gemäss ihrem je privaten Vorteilskalkül – aufeinander ein. Das vernunftethische Grundprinzip der *unbedingten* wechselseitigen Anerkennung der Individuen in ihrer unantastbaren Würde als humane Subjekte und in ihrem Status als gleichberechtigte freie Bürger ist damit nicht erfüllt. Ist die gesellschaftliche oder internationale Ausgangslage unfair, so kann auch das Tausch- oder Handelsergebnis in einem noch so effizienten Markt niemals gerecht sein. Diese *strukturelle Parteilichkeit* der marktwirtschaftlichen „Systemrationalität“ genügt dem politisch-liberalen Kriterium einer *unparteilichen*, neutralen Grundordnung nicht.

Das ist im Kern der Grund, weshalb sich der politische – oder wie ich präziser formulieren möchte – der *republikanische Liberalismus* (Ulrich 2008: 319ff.), dem es um eine wohlgeordnete Gesellschaft real *freier Bürger* geht, nicht auf das Konzept des „freien Marktes“ und den ihm entsprechenden *ökonomischen Liberalismus* reduzieren lässt. Mit andern Worten: Eine „zivilisierte“ Marktwirtschaft ist etwas prinzipiell anderes als eine entgrenzte *Marktgesellschaft* – sie muss im Kern als rechtsstaatlicher Solidarzusammenhang freier Bürger begriffen werden. Nicht Wohlfahrtsziele, sondern gleiche konstitutive *Rechte und Pflichten* aller Bürger bilden den primären Orientierungsgesichtspunkt einer „zivilisierten“ Marktwirtschaft im Kontext einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger.

Fortschrittshorizont: „Zivilisierung“ der Marktwirtschaft

Aus diesen Überlegungen folgt, dass wir wieder lernen müssen, klarer zwischen *Wirtschaft und Gesellschaft* zu unterscheiden und – ganz im Sinn der alten aristotelischen Trias – die Vorordnung der Gesellschaft, in der wir leben wollen, vor die „Systemrationalität“ der Marktwirtschaft zu gewährleisten. Dafür tun Ansatzpunkte für die buchstäbliche „Zivilisierung“ der Marktwirtschaft Not, also für ihre Einbettung in die moderne *civil society*. Es geht um die zeitgemässe Klärung des Leitbilds einer voll entfaltenen und wohlgeordneten Bürgergesellschaft und der legitimen und sinnvollen Rolle der Marktwirtschaft in ihr.

Zwei zivilisierende Ansatzpunkte bieten sich an: zum einen Bildung und Kultur – nämlich die Förderung des unverzichtbaren *Bürgersinns* als personaler Voraussetzung; zum andern die rechtsstaatliche Grundordnung – nämlich die Weiterentwicklung der *Bürgerrechte*, die den realen Status freier Bürger auch im „Wirtschaftsleben“ konstituieren. Wenden wir uns zuerst ihnen zu.

Um zu verhindern, dass die erwähnte strukturelle Parteilichkeit des Marktes in „tyrannischer“ Weise (Walzer 1992: 46ff.) auf die Lebenslage der Bürger im Ganzen durchschlägt und damit deren reale Freiheit und Gleichberechtigung tangiert, benötigen wir – so meine *dritte Kernthese* – in einer zivilisierten Marktwirtschaft eine neue Kategorie von Bürgerrechten, die sich auf die sozioökonomischen Voraussetzungen unseres Status als real freie Bürger beziehen. Und zwar liberal gedacht als emanzipatorische *Wirtschaftsbürgerrechte*. Herkömmliche Sozialstaatskonzepte korrigieren dagegen die Marktergebnisse vorwiegend durch nachträgliche Umverteilung und lindern nur die *Symptome* der realen Unfreiheit der Wettbewerbsverlierer, sich selbst zu helfen. Wer den so agierenden Sozialstaat wirklich eindämmen will, der muss *im Voraus*, als Eingangsbedingung des Wettbewerbs, faire Chancen für alle auf eine selbstbestimmte Lebensführung und Existenzsicherung gewährleisten. Auf eine programmatische Kurzformel gebracht geht es um *mehr emanzipatorische Gesellschaftspolitik* als Voraussetzung für *weniger kompensatorische Sozialpolitik* – in Absicht auf die grösstmögliche reale Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger. Aus der alten Sozialstaatsdebatte wird so eine gesellschaftspolitische Debatte über die sozioökonomischen Voraussetzungen verallgemeinerungsfähiger bürgerlicher Freiheit.

So ansetzende bürgerliberale Gesellschaftspolitik ist zwar ein Gegenpol zum realpolitisch dominierenden Sozialetatismus, weicht aber gar nicht so radikal ab von unserer ordnungspolitischen Tradition, wie es auf den ersten Blick vielleicht scheint. Schon der Ordoliberalismus und die darauf aufbauende Soziale Marktwirtschaft haben sie intendiert. Alfred Müller-Armack (1960) dachte bekanntlich eine „zweite Phase“ der

Sozialen Marktwirtschaft an, und zwar mit folgenden heute wieder höchst aktuellen Überlegungen:

„Es wird kaum bestritten, dass in der nächsten Phase der Sozialen Marktwirtschaft gesellschaftspolitische Probleme *vor* die ökonomischen treten werden. (...) Nach der Lösung des Produktionsproblems im Rahmen einer vollbeschäftigten Wirtschaft verschiebt sich der Aufgabenbereich der Sozialen Marktwirtschaft. Sie muss künftig als Politik einer freien Gesellschaft begriffen werden.“ (Müller-Armack 1966: 273, 289).

Übereinstimmend *Wilhelm Röpke*:

„Bisher haben wir überwiegend Wirtschaftspolitik getrieben: nun aber heisst es für uns, Gesellschaftspolitik zu treiben.“ (Röpke 1944: 82).

Wohl nicht zuletzt infolge der damals zu wenig fortgeschrittenen politisch-philosophischen und wirtschaftsethischen Grundlagenklärung verfehlten die Begründer ihre Intuitionen und Intentionen allerdings weitgehend. Statt eine *emanzipatorische* bürgerliberale Gesellschaftspolitik zu entfalten, reduzierte sich Müller-Armacks „irenische Formel“ der Sozialen Marktwirtschaft mehr oder weniger auf die Ergänzung des „freien Marktes“ um nachträgliche, *korrektive* Sozialpolitik (samt den symptomatischen Folgen explodierender Sozialstaatskosten). Es ist spannend und brandaktuell, dem konfusen Verhältnis von Marktwirtschaft und Bürgergesellschaft auch noch in der „Stilform“ der Sozialen Marktwirtschaft auf den Grund zu leuchten. Nur so lassen sich die entscheidenden Punkte erkennen, wo der von ihren Gründervätern eigentlich angestrebte „Dritte Weg“ zu einer voll entfalteten Bürgergesellschaft und einer durch sie zivilisierten Marktwirtschaft weiterzuführen ist (vgl. dazu im Einzelnen Ulrich 2009).

Bürgersinn: Der kulturelle Kitt einer zivilisierten Marktwirtschaft

Den zweiten elementaren Ansatzpunkt für die „Zivilisierung“ der Marktwirtschaft bildet wie erwähnt der *Bürgersinn*. Schon Wilhelm Röpke (1958: 19) forderte einen „echten Bürgersinn“, verstanden als „*esprit civique*, der ihn [den einzelnen Bürger] an das Ganze bindet und seinem Appetit [d.h. Egoismus] Grenzen setzt“ (S. 170). Ganz im Sinne eines republikanischen Liberalismus schreibt er:

„Nun liegt aber zweifellos in dieser Ideenwelt eine Kraft, die den Liberalismus in einem *dialektischen Prozess* immer wieder über sich selbst hinauszutreiben strebt. Diese Kraft ist der dem Liberalismus wesentliche *Gedanke der Selbstbefreiung des Menschen durch Appell an die Ratio*: die Abwerfung von Bindungen, die Emanzipation des Menschen und die Herstellung seiner Autonomie.“ (Röpke 1947: 13)

„Wer jetzt auch noch den Liberalismus als eine primär wirtschaftliche Anschauung begreifen will, ist selbst in einer ‚ökonomistischen‘ Einengung befangen, die heute vollkommen überholt

erscheint. (...) Der *politisch-kulturelle* Liberalismus (...) ist das Primäre und der wirtschaftliche Liberalismus (...) etwas Sekundäres.“ (Röpke 1944: 51; Hvh. i. Orig.)

Röpke kommt zu einem gesellschaftskritischen Urteil, das wie eine Vorahnung der jüngsten Finanzexzesse erscheint:

„Dabei werden wir bemerken, nicht ohne Erschrecken, wie weit wir alle bereits in die Denkgewohnheiten einer wesentlich *unbürgerlichen* Welt hinabgezogen sind. Dass das vor allem für die Nationalökonomten selber gilt, haben wir bereits bemerkt, als wir von ihrer Neigung sprachen, sich arglos einem *Denken in Geld- und Einkommensströmen* hinzugeben...“ (Röpke 1958: 140).

Was fortschreitend verloren gegangen zu sein scheint, ist ein republikanisch-liberales Wirtschaftsbürgerethos. Die Kernidee dieses bürgerliberalen Wirtschaftsethos ist die *Integrität* im Wirtschaftsleben und analog auch die *Geschäftsintegrität* von Unternehmen und Kommunen (vgl. Ulrich 2008: 47 bzw. 462ff.). Das meint ganz wörtlich und im direkten Gegensatz zum marktliberalen Nutzen- bzw. Gewinnmaximierungsprinzip, das eigene Vorteils-, Nutzen- oder Gewinnstreben vom „bürgerlichen“ Selbstverständnis als guter oder „anständiger“ Bürger *nicht abzuspalten*, sondern private Interessen nur so weit zu verfolgen, wie sie den Legitimitätsbedingungen der Bürgergesellschaft entsprechen. Die Pointe daran ist, dass Bürger mit einem solchen Ethos darin gar keine Einschränkung und keinen Verzicht sehen, denn es geht ja um die Gesellschaft, mit der sie sich identifizieren und für deren „res publica“ (öffentliche Ordnung) sie sich deshalb mitverantwortlich fühlen. Ein solcher republikanischer Bürgersinn bildet den tragenden Boden ethischer Selbstbindung, so dass nicht alles der rechtsstaatlichen Fremdbildung überantwortet werden muss. Der Abschied von der *Gier* versteht sich dann in einer wahrhaftig „bürgerlichen“ Gesellschaft von selbst – die Boni-Debatte lässt grüssen.

Fazit

Aus der dargelegten Perspektive lässt sich die aktuelle Finanz- und Wirtschafts- als extremer Ausdruck einer tief verwurzelten normativen Orientierungskrise verstehen. Sie beruht im Kern auf der ideologisch und institutionell allzu weit getriebenen Verselbständigung und Verabsolutierung des „Denkens in Geld- und Einkommensströmen“ (Wilhelm Röpke) gegenüber lebenspraktischen Orientierungsfragen.

Falls diese Deutung zutrifft, so ist eine nachhaltige Lösung der Krise nicht allein mit herkömmlichen wirtschaftspolitischen und finanztechnischen Rezepten möglich, sondern nur im Verbund mit neuen *gesellschaftspolitischen* Ansätzen unter einem noch der nachholenden Aufklärung bedürftigen sozioökonomischen Fortschrittshorizont. Unser heutiges Hauptproblem ist demnach weniger mangelndes finanztechnisches

Know-how zur Steuerung des marktwirtschaftlichen Systems als vielmehr das fehlende Know-*what* und Know-*why* einer legitimen und sinnvollen Neuorientierung des politisch-ökonomischen Fortschritts. Als mögliche Orientierungsidee könnte das skizzierte Leitbild einer voll entfalteten Bürgergesellschaft und einer in sie eingebetteten, buchstäblich zivilisierten Marktwirtschaft dienen. Wäre das nicht ein wahrhaftiges „bürgerliches“ Fortschrittsprojekt für das junge 21. Jahrhundert?

Literaturverzeichnis

- Bastiat, F. (1855): Harmonies économiques, in: ders., Œuvres complètes, tome VI, 3^{ième} ed., Paris.
- Binswanger, H. Ch. (1998): Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen, München.
- Dahrendorf, R. (1980): Die neue Freiheit, Frankfurt a.M.
- Dahrendorf, R. (2009): Der fatale Schritt zum Pumpkapitalismus, in: Tages-Anzeiger, Zürich, 30. April, S. 45.
- Geyer, Ch. (2009): Rot stellt sich tot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. April 2009.
- Kuhn, Th. S. (1973): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a.M. (engl. 1962).
- Müller-Armack, A. (1960): Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik, in: ders./Meyer, F. W. (Hrsg.), Studien zur Sozialen Marktwirtschaft, Köln; wiederabgedr. in Müller-Armack (1966), S. 267-291.
- Müller-Armack, A. (1966): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg i. B.
- Polanyi, K. (1944/1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M.
- Rawls, J. (1998): Politischer Liberalismus, Frankfurt a. M.
- Röpke, W. (1944): Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach-Zürich.
- Röpke, W. (1947): Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt a. M.
- Röpke, W. (1958): Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach-Zürich/Stuttgart.
- Rüstow, A. (1961): Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus, in: Greiss, F. /Meyer, F. W. (Hrsg.), Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festschrift für Alfred Müller-Armack, Berlin, S. 61-70.
- Schumpeter, J. (1965): Geschichte der ökonomischen Analyse, 2 Bde., Göttingen.
- Stöttner, R. (2009): Ursachen der aktuellen Finanzkrise, in: Forum Wirtschaftsethik, 17. Jg., Nr. 1, S. 6-19.
- Thielemann, U./Ulrich, P. (2009): Standards guter Unternehmensführung. Zwölf internationale Initiativen und ihr normativer Orientierungsgehalt. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 43, Bern u.a.
- Ulrich, P. (1993): Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, 3. rev. Aufl.
- Ulrich, P. (2006a): John Stuart Mills emanzipatorischer Liberalismus. Die allgemeine Bürgerfreiheit und ihre sozialökonomischen Implikationen, in: ders./Assländer, M.S. (Hrsg.), John Stuart Mill – Der vergessene politische Ökonom und Philosoph. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 37, Bern u.a., S. 253-282.
- Ulrich, P. (2006b): Politische Ökonomie, wirtschaftsethisch rekonfiguriert, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 7, S. 164-182.
- Ulrich, P. (2008): Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 4. vollst. neu bearb. Aufl., Bern u.a. (1. Aufl. 1997).
- Ulrich, P. (2009): Marktwirtschaft in der Bürgergesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft vor der nachholenden gesellschaftspolitischen Modernisierung, in: Assländer, M.S./Ulrich, P. (Hrsg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik Bd. 44, Bern u.a., S. 349-380.
- Walzer, M. (1992): Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/New York.
- Weber, M. (1904/1988): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 9. Aufl., Tübingen, S. 17-206.